





# Reformistische Gewerkschaftspolitiker ermöglichen Lohnraub

## 10 Prozent Lohnraub bei Wihard AG., Weberei, Liebau — Die Belegschaft schaltete am Montag die Maschinen nicht ein — Jetzt Schluß mit der Bankrott-Politik der Gewerkschaftsbürokratie!

(Betriebsarbeiterkorrespondenz)

Liebau. In der Firma Wihard AG., Weberei, sind heute noch 93 Arbeiter und Arbeiterinnen, gegen früher 700, beschäftigt. Die Firma stellte jetzt acht neue Arbeitskräfte ein und gab am Sonntag durch Anschlag bekannt, daß ab Montag der Lohn um 10 Prozent gekürzt werde. Von vornherein war von dem reformistisch-reformistischen Betriebsrat damit zu rechnen, daß diesen Lohnraub bedingungslos hinnehmen, ohne die Belegschaft zum Widerstand aufzurufen. Aus diesem Grunde trat am Montag früh sofort die AGD. in Aktion.

Der Erfolg lebhafter Diskussionen vor dem Betrieb mit den zur Arbeit kommenden Arbeiterinnen und Arbeitern war, daß diese die Aufnahme der Arbeit ablehnten und eine sofortige Belegschaftsversammlung forderten.

In dieser Versammlung wurde die Belegschaft getreu der reformistischen Gewerkschaftspolitik eingeschüchelt. In Anwesenheit des Betriebsleiters wagten es nur einige revolutionäre Arbeiter, aufzuzeigen, was hier das Gebot der Stunde ist. Der Betriebsleiter erklärte, daß er nur noch zwei Neue einstellen brauche, um nochmals 10 Prozent zu kürzen. Trotz dieser Drohung entschieden sich bei der Abstimmung 27 Arbeiterinnen und Arbeiter für und 28 gegen die bedingungslose Annahme der Arbeit. Ein Teil der Belegschaft, so z. B. die Arbeiter der Mangel, waren in der Versammlung nicht anwesend.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition nahm sofort nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses und Arbeitsaufnahme in einem Flugblatt scharf gegen den Lohnraub Stellung und forderte zu einer erneuten Belegschaftsversammlung im Volkshaus auf. Die Arbeiter der zweiten Schicht konnten für diese Versammlung nicht mobil gemacht werden. So waren in der Versammlung nur 25 Personen, zum größten Teil Arbeiterinnen, anwesend. Ein revolutionärer Gewerkschaftler zeigte die Ursachen und Methoden des jetzigen Lohnraubes auf und gettselte scharf

die erbärmliche Haltung der Gewerkschaftsbürokratie, die sich nicht im geringsten um die von dem Lohnraub betroffene Belegschaft kümmerte.

Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen waren sich einig in der entschiedenen Ablehnung dieses brutalen Lohnraubes. Sie werden die positiven Vorschläge, die nach unter Führung der Reformisten und Christen stehen, davon überzeugen, daß der Profitgier des Unternehmers die eigene Wille der Belegschaft entgegengestellt werden muß. Der durchgeführte Lohnraub muß alle Kolleginnen und Kollegen zu einer einheitlichen Abwehrfront zusammenschließen. Gegen Lohn-

# Nachtschicht-Zuschlag bei Meyer Kauffmann abgebaut

(Arbeiterkorrespondenz)

Wistegiersdorf. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Meyer-Kauffmann-Belegschaft, hatten erst vor einigen Wochen einen Kampf geführt gegen den 1,3prozentigen Lohnraub. Die Belegschaft war zum Teil gewillt, mit der Waffe des Streiks diese Lohnkürzung abzuwehren. Die Gewerkschaftsführer verstanden es durch Verhandlungen mit der Direktion und Schwindelmeldungen über den Streit in Langenbielau, den Kampfwillen der Arbeiter in einzelnen Abteilungen vorübergehend zu schwächen. Die Belegschaft ging mit einem halbprozentigen Lohnraub ohne weiteren Widerstand an die Arbeit. Die Streikabwitzer wollten das als ihren Erfolg buchen.

In Wirklichkeit war es die Angst des Unternehmers vor der Streikbereitschaft der Belegschaft, nicht nur in Wistegiersdorf, sondern auch in Langenbielau und Kengersdorf.

raub und Papen-Niederordnung stimmen die Textilarbeiter und Arbeiterinnen, indem sie am 6. November Liste 3, Kommunisten, wählen. Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Wihard! Vorwärts zum Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub. Hinter euch stehen in Solidarität eure Klassenkassen von der Stempelstelle. Euer Kampf ist ihr Kampf. Unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition wird es gelingen, die Lohnräuber in die Knie zu zwingen.

# Jungarbeiter, Arbeitermädels von Glogau!

Heraus zur öffentlichen Jugendversammlung am Freitag, dem 4. November, abends 8 Uhr, in der „Borkstadtbrauerei“.

Es spricht Genosse Bok, Witzl, Berlin, Mitglied des Z.N. des K.P.D.

Thema: „Der Kampf der werktätigen Jugend gegen Papens Wirtschaftsprüfung — Für die Arbeiter- und Bauern-Republik!“

Es treten die „Roten Hebeln“ mit neuem Programm auf. Mitwirkung der Arbeiter-Musikvereinigung. Eintritt 10 Pf.

# Massendemonstration gegen Ermittlung eines Erwerbslosen

## Die Greiffenberger Arbeiterchaft auf der Straße — Starker Polizeieinsatz, um eine Ermittlung durchzuführen — Arbeitermassen rufen zum Kampf gegen Ermittlungen und Papen-Schleicher, für die Wahl der Liste 3

(Arbeiterkorrespondenz)

Greiffenberg. Die Herrscher in Greiffenberg wollten ein Verbrechen feststellen. Doch sie haben sich verrechnet. Die Arbeiterchaft stand auf dem Boden. Am Montag war die Straße schon am frühen Morgen besetzt, in welcher die Ermittlung des Genossen Reither vor sich gehen sollte. Der jedem bekannte Ausbeuter, Fabrikbesitzer Finckler als Hauswirt, wollte den betreffenden Genossen unter allen Umständen auf die Straße setzen. Dem Genossen war es unerschütterlich, die Miete zu bezahlen. Das beweist die Tatsache, daß er gegenüber einer Miete von 31,15 Mark eine monatliche Wohnfabrikmiete von 31 Mark bekommt. Dem Hauswirt und Fabrikbesitzer war es nicht um die Miete zu tun, sondern um die Mache gegen die Kommunisten, die den Betriebsarbeitern der Firma Wintler tatkräftig zur Seite stehen. In diesem Zweck zahlt der Fabrikbesitzer noch Geld hinzu. Er leistet 50 Mark Vorschuß, damit die Behörde die Grundsteuer des ganzen Kreises Löwenberg sowie ein hartes Überfallkommando aus Görlitz zur Räumung herbeiführen konnte. Auf Grund dieser außerordentlichen Verärgerung fühlte sich die hiesige Kommunalpolizei sowie der Bürgermeier besonders stark. Der Letzgenannte wagte es, in einer Verhandlung mit Erwerbslosen zu sagen:

„Ich lasse mich nicht unter Druck setzen, und wenn ganz Greiffenberg auf dem Kopf steht. Wenn 1000 Mann dastehen, und eine Abordnung verlangt die Zurückziehung der Polizei, dann bekommt diese von mir den Befehl, die Leute auseinander zu jagen.“

Über das, was dann geschehen würde, entscheidet die Zukunft. Nachdem die ganze Verärgerung eingetroffen war, ging man zur Räumung der Wohnung über. Trotz des schlechten Wetters waren große Massen Erwerbsloser auf der Straße und betendeten durch ihre Anwesenheit ihre Solidarität. Die Firma Reith ließ es sich nicht nehmen, mit Hilfe von Schiller, Schuch, Roth und Kessel den Erwerbslosen auf die Straße zu setzen. Gräßlicher und Abelt wurden aus dem Wintler-Betrieb abkommandiert. Dem SPD-Betriebsrat in diesem Betrieb fiel es in keiner Weise ein, die Belegschaft zur Solidarität aufzurufen. Alle jene, die bei der Ermittlung waren, wurden von den empörten Massen, die auf der Straße standen, nicht gerade sanft empfangen und behandelt. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Es hagelte nur so von „Pfi!“-Rufen gegen die Räumungsbedeute von Seiten der Massen.

Spontane bewegten sich die Arbeitermassen durch die Straßen der Stadt. Es wurden „Nieder!“-Rufe gegen die Zwangsverhaftungen, gegen die Papen-Regierung und den Kapitalismus ausgebracht. Zahlreiche Sprechhöre forderten die Werktätigen auf, am 6. November Liste 3 zu wählen. Die Polizei ging in aller Schärfe vor, um die Straße zu räumen. Wir rufen der gesamten Greiffenberger Bevölkerung zu: Zieht aus diesen Vorgängen die Lehre! Kämpft gemeinsam für eine Arbeiter- und Bauern-Republik! Wählt am 6. November Liste 3!

# Nazis rauben Invalidenrentnerin die Unterstützung

(Arbeiterkorrespondenz)

Magdori. In einer Gemeindefürsorge der Gemeinde Kienendori gaben die Nazivertreter Grische und Kehler ihre Zustimmung für den Abbau des 30prozentigen Zuschlags, den die Gemeinde der Invalidenrentnerin, Wirtin beim Altersrentner Lahte, geben mußte. Der Frau, die einen kümmerlichen Fuß hat, wurde darauf die Rente von 25 Mark auf monatlich 15 Mark gekürzt. So treten die Nationalsozialisten für die Interessen der Rentenempfänger, für die Interessen der armen Bevölkerung ein. Das sind die Verbote des Dritten Reichs. Die bisherigen Anhänger der Nazis können daran erkennen, daß

das Dritte Reich nur noch mehr Hunger und Elend und blutige Unterdrückung

bedeutet. Am 6. November demonstrieren alle Werktätigen ihren Kampfwillen gegen das schändliche Dritte Reich, gegen die Kapitalistiktatur, für die Arbeiter- und Bauernrepublik, indem sie der Liste 3, Kommunisten, ihre Stimme geben.

# Tod im Schacht

Waldenburg. In der Glückhillsfriedensgrube wurde während der Arbeitszeit der 23jährige Lehrhauer Ernst Knoblich aus Felschhamer verschüttet. Er starb kurz nach seiner Bergung aus dem Schacht. Dieser Unfall ist auch eine Folge der von uns so oft angeprangerten Antreiberei. Angeichts des toten Kameraden rufen wir erneut die Kumpels zum gemeinsamen Kampf um die Grubensicherheit — gegen die unerhörten Antreibermethoden auf.

# Werner Brodde spricht in Liegnitz

am Freitag, dem 4. November, 20 Uhr, im Großen Wintergarten. Große Wahlkundgebung der K.P.D. Eintritt 20 Pfennig, Erwerbsscheine 10 Pfennig.

# Werktätige, kämpft mit der Roten Hilfe!

# 1 Jahr Zuchthaus, 8 Monate Gefängnis für zwei Görlitzer antifaschistische Arbeiter

Görlitz. Am vergangenen Freitag fand vor dem Strafgericht die Berufsungsverhandlung gegen die wegen Landfriedensbruch zu einem Jahr Zuchthaus und 8 Monaten Gefängnis verurteilten Genossen Kundt und Biela statt.

In der Verhandlung kam noch einmal der Zusammenstoß vom 15. Juli zur Verhandlung. Die Genossen Kundt und Biela wurden damals in aller Frühe aus dem Bett heraus verhaftet und als die beiden Hauptantifaschisten bezeichnet. Zu Beginn der Berufsungsverhandlung erklärte Landgerichtsdirektor Groß, gegen jede Bewegung seitens der Zuhörer und gegen politische Bemerkungen der Angeklagten Ordnungstrafen zu verhängen. In dieser Verhandlung wurden wieder 14 Belastungszettel, darunter allein sechs Polizeibeamte aufgeführt. Selbst die Polizeibeamten konnten nicht mit Bestimmtheit erklären, daß der Genosse K. bei dem Zusammenstoß im Parteihaus zugegen war. Einer der Beamten sagte jedoch aus, er habe im Stadthallengarten gesprochen. Dem widerspricht die Aussage des Polizeikommissars, der aus sagte, daß er zwar sprechen wollte, aber nach dem Verbot sofort vom Stuhl herabgestiegen sei. Nicht wenige brachten eine Reihe Beweismaterial über die Paktlosigkeit der Vorgänge gegen die Genossen Biela und Kundt.

Trotzdem in der Berufsungsverhandlung keinerlei Beweise zur Aufrechterhaltung der Anklage auf Landfriedensbruch vorgebracht werden konnten, kam das Gericht zu dem Urteil, die von erster Instanz verhängten Strafen von einem Jahr Zuchthaus gegen den Genossen Kundt und 8 Monaten Gefängnis gegen den Genossen Biela zu bestätigen.

Weshalb soar mit der Bemerkung, diese Strafe sei noch viel zu

niedrig, sie müsse noch höher sein, um Massenunruhen zu unterbinden.

Massenaktionen sind nach Ansicht des Landgerichtsdirektors Groß das gefährlichste, was es für den Staat gibt.

Die Werktätigen werden dieses ungeheure Klassenurteil zum Anlaß nehmen, um mit der Roten Hilfe den Kampf gegen die Klassenjustiz für die Befreiung der proletarischen Gefangenen zu verstärken.

Am 6. November stimmen alle Werktätigen als Protest gegen die Klassenjustiz für die Kommunisten, Liste 3.

# Wir die Sieger von morgen...

In den nächsten Tagen finden die letzten großen Kundgebungen der K.P.D. zu den Reichstagswahlen statt. Das Bild aller Städte und Dörfer muß von den Kommunisten, von den Siegern vor morgen, beherrscht werden. Macht überall mobil für unsere Versammlungen! Rote Fahnen heraus!

# Der Führer der K.P.D. Schlesiens, Genosse Sandtner

spricht am Freitag, dem 4. November, abends 8 Uhr, in Bunzlau im „Volkshaus“.

# Genosse Neddermeyer spricht in Glogau

am Sonnabend, dem 5. November, nachmittags um 3 Uhr, im „Schützenhaus“.

Die Ortsgruppen Ohlau, Strehlen, Girsberg, Liegnitz, Grünberg müssen sofort den Saal und die Zeit ihrer Abchlusskundgebung melden, damit in der „N.R.“ auch diese Abschlussversammlungen angekündigt werden können.





# RUND UM DEN ERDBALL

## Die Buchungsmaschine macht dich gesund

„Weg mit der Sozialversicherung“ — sagen die Nazis

### Ersparnisse an Kranken

Für die Gesundheit wird zuviel Geld ausgegeben. Wir sind ein armes Volk und müssen sparen. Und dazu bieten die Ausgaben in der Krankenversicherung die beste Möglichkeit. Die schlechte Bezahlung der Kassenärzte, die Beschränkung der Arzneimittelverordnung auf billige und zum Teil minderwertige Präparate ist nun schon zur Gewohnheit geworden. Aber immer noch reichen die hierdurch gesparten Summen nicht aus, und so suchen die gegenwärtigen Machthaber nach weiteren Sparsmöglichkeiten.

Die Erhebung einer Krankenschein- und Rezeptgebühr von je 50 Pfennig haben noch nicht genügt, um den Kranken davon abzuhalten, einen Arzt aufzusuchen. Im Gegenteil; der Krankenstand hat sich als Folge der Wirtschaftskrise, als Folge der immer schlechter werdenden Wohnungsverhältnisse und Ernährungsverhältnisse der werktätigen Bevölkerung dauernd gesteigert. Auch die rigorosesten Maßnahmen der Krankenkassenvorstände, wie Aussteuerung nach 26 wöchentlicher Behandlung, die zwangweise Eintreibung des Anteils für die Familienversicherung, den diese selbst in Höhe von durchschnittlich 50 Prozent für alle Heilmittel und für Krankenhausaufenthalt zu zahlen haben, haben die Ausgaben in der Krankenversicherung zwar verringern können, aber doch nicht so, daß wesentliche Summen eingespart werden konnten.

Von den verschiedenen Vorschlägen, die zu diesem Zweck gemacht worden sind, ist jetzt einer zur Durchführung angenommen worden: die Ersatzpflicht der Ärzte gegenüber den Krankenkassen bei „unwirtschaftlicher Verordnungsweise“. In diesen Tagen wurde allen Ärzten ein Rundschreiben zugestellt, in dem es heißt: „Die Behandlung darf das Maß des Notwendigen nicht überschreiten. Der Kassenarzt hat . . . die Heil- und Stärkungsmittel nach Art und Umfang wirtschaftlich zu verordnen und auch sonst, bei Erfüllung der ihm obliegenden Verpflichtungen, die Kasse vor Ausgaben soweit zu bewahren, als die Natur seiner Dienstleistungen es zuläßt. Der Arzt, der die nach den Umständen erforderliche Sorgfalt außer Acht läßt, hat der Kasse den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.“

### Ersatzpflichtig

Hiernach hat also der Arzt nicht mehr die Aufgabe, den Kranken vor unnötiger Gefahr zu bewahren und ihn in kranken und gesunden Tagen zu betreuen, sondern die Krankenkasse „vor Ausgaben“ (auch vor nötigen?) zu schützen. Die Ersatzpflicht gegenüber der Krankenkasse wird den Erfolg haben, daß ängstliche, auf ihre Einnahmen vorwiegend bedachte Ärzte sich überhaupt nichts mehr zu verordnen getrauen. Maßnahmen kann man ihnen das eigentlich auch nicht. Wie viele von den heutigen Ärzten wären wohl bereit, unter Hinterrücklassung ihres eigenen Vorteils, auch auf die Gefahr hin, von der Kasse dafür haßbar gemacht zu werden, den Patienten gute und reize Arzneien zu verschreiben?!

In den neuen „Verordnungsflächen“ wird übrigens von den Ärzten verlangt, „bei aller gebotenen Sparsamkeit darf die Krankenhilfe nicht minderwertig sein. Kann aber der Heilzweck durch billigere Heilmittel oder Kuren erreicht werden, so darf der Kassenarzt kostspieligere auch dann nicht verordnen, wenn der Versicherte sie verlangt“. Sehr oft können Arzneien durch einfache hygienische, physikalische oder diätetische Maßnahmen ersetzt werden.“

Die Vertrauensärzte der Krankenkassen („Vertrauensärzte“ deswegen, weil sie weder das Vertrauen der Kranken noch der Ärzte haben!) gehören zu verachteten Wunderheilkundigen, die einen schweren Herzfehler mit Kalbriantropfen oder lauwarmen Fußbädern heilförmigen können, die auch einen Sterbenden noch arbeitsfähig machen können. Hauptache bleibt, die Krankenkasse wird nicht belastet. Was aus dem Kranken geschieht, ist im übrigen ganz gleichgültig. Krankenhauspflege soll möglichst „vermieden“ werden. Die Zustimmung der Krankenkasse zur Einweisung ins Krankenhaus ist in jedem Falle vorher einzuholen. Nur bei akut lebensbedrohlichen Zuständen genügt ausnahmsweise das einfache ärztliche Attest.

### Heilung mit 5 Mark im Quartal

Die Ärzte haben zwar gegen diese Sparsmaßnahmen der Krankenkassen zwei oder drei laue Proteste losgelassen, aber im

übrigen sich schon längst auf den neuen Zustand eingestellt. Die Krankenkassen haben einen ganz neuen Dreh gefunden, wie sie jederzeit die Ärzte ersatzpflichtig machen können. Sie verheimlichen nämlich die Durchschnittssumme, die der Arzt für einen jeden Kranken an Arzneimitteln verbrauchen darf. Sie wird immer erst am Vierteljahreschluß hinterher bekanntgegeben und schwankt so etwa um fünf Mark vierteljährlich! Jeder kann sich vorstellen, wieviel — oder besser wie wenig — von den teuren Arzneimitteln, an denen die chemische Großindustrie Riesensummen verdient, ein Arzt für fünf Mark verordnen kann. Daß dabei die Gesundheit des Kranken leiden muß, ist sicher.

Die Krankenkassenvorstände haben aber ganz andere Sorgen, als auf die Gesundheit ihrer Mitglieder bedacht zu sein. Sie müssen sehen, daß sie aus den Beiträgen ihrer Mitglieder die reichlichen Riesensummen für die Millionenprachtbauten ihrer Verwaltungshäuser herausholen können. Die sozialdemokratischen Vorständen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlins sind sich schon seit Monaten nicht darüber schlüssig geworden, ob die Innenausstattung ihres neuen Prachtbaues, der ursprünglich auf „nur“ 5 Millionen veranschlagt war und bisher schon über 23 (dreiundzwanzig) Millionen Mark gekostet hat, in blauer Seide und Silber oder in violetttem Samt und Silber gehalten werden soll. Es mußten mehrere Sitzungen über die wichtige Frage abgehalten werden, ob die Sessel, in die die sozialdemokratischen Herren Direktoren ihre feisten Hintern hineinstülzen müssen, mit Leder oder mit Plüsch überzogen sein sollen.

### „Widernatürliche Auslese“

Den Ärzten aber wird die Anschaffung einer eigenen Buchungsmaschine empfohlen, damit sie den Arzneimittelumschnitt, der ihnen noch einmal bekannt ist, nur ja nicht überschreiten. Alle diese Maßnahmen liegen in derselben Linie, wie sie auf der Reichstagung der nationalsozialistischen Ärzte verflücht wurde: „die Sozialversicherung schwächt und schädigt das Volk in seiner moralischen und seelischen Gesundheit und Widerstandskraft, züchtet körperliche und seelische Lumpen“. Ein Naziarzt hat das mit anderen Worten ausgedrückt, indem er sagt, daß die

## ERNST THÄLMANN:

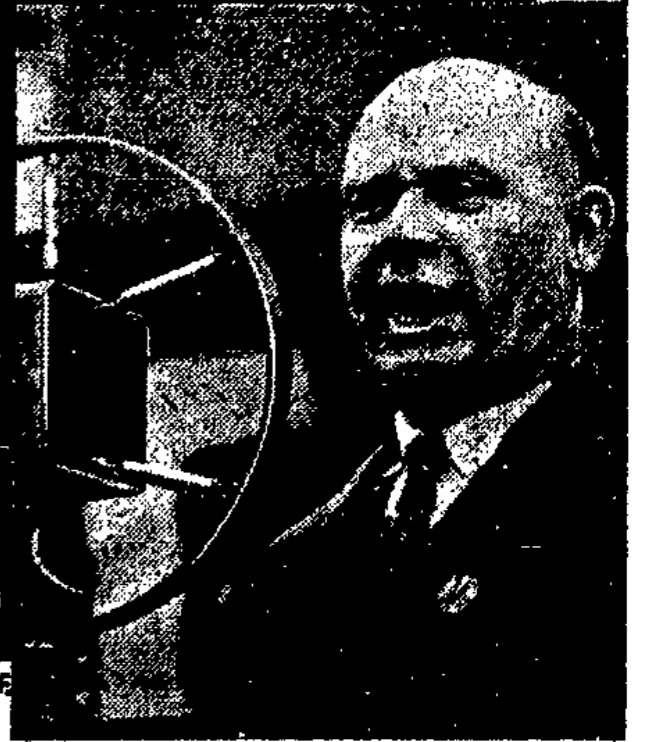
### Im Kampf gegen die faschistische Diktatur

REDE UND SCHLUSSWORT AUF DER PARTEI-KONFERENZ DER KPD

DIE POLIT-RESOLUTION DER PARTEI-KONFERENZ IM OKTOBER 1932

HERAUSGEGEBEN VON DER KPD

64 SEITEN • PREIS 20 PF



ärztliche Behandlung der Krankenkassenmitglieder „eine wider-natürliche Auslese begünstigen.“

Sozialdemokratische Krankenkassenvorstände und Naziärzte in einer Front! Fürwahr ein edles Paar von Brüdern! Stets nur auf den eigenen Vorteil bedacht, kümmern sie sich einen Dreck um gesundheitspolitisch notwendige Maßnahmen, suchen sie nur neue Mittel und Wege zur Sparsamkeit. Alle die aber, die als Versicherte auf die Hilfe der Krankenkassen angewiesen sind, haben am 6. November ausreichend Gelegenheit, den Vorständen ihre Quittung zu überreichen, indem sie die Liste 3, die Liste der Kommunisten, der einzigen Partei, die die Rechte der Werk-tätigen wahrnimmt, wählen. Um alle die Stimmen zu buchen, werden sich Nazis und SPD wohl besonders große Additions-apparate anschaffen müssen. Dr. Wilhelm Swienty.

### Vervielfachung der Zahl der ärztlichen Hilfsstellen und Sanatorien

## Gewaltige Fortschritte des Gesundheitswesens in der Sowjetunion

Die Gesundheit der Werktätigen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus. Die Partei der Bolschewiki und die Sowjetmacht machen alle Anstrengungen, sie scheuen keine Mittel, um die Werktätigen der Sowjetunion über die Notwendigkeit der Hygiene aufzuklären. Auf diesem Gebiet erzielte die Sowjetmacht in den fünfzehn Jahren ihres Bestehens große Erfolge. Die Zahl der ärztlichen Hilfsstellen in den Betrieben wuchs von 487 im Jahre 1917 auf 4609 im Jahre 1931 und auf 5506 im Jahre 1932. Die städtischen Polikliniken waren im Jahre 1917 für 23 Millionen Besucher berechnet, während sie im Jahre 1932 für 35 Millionen Besucher berechnet waren. Auf dem flachen Land stieg die entsprechende Zahl von 40 auf 129 Millionen. Während in den kapitalistischen Ländern die herrschende Klasse bestrebt ist, ihre Profite zu erzielen, und während sie versucht, auf Kosten der Arbeiterklasse ihren schwankenden Staatshaushalt durch alle möglichen Einschränkungen der Ausgaben für den Schutz der Gesundheit auszubalancieren,

wächst dieser Artikel des Etats in der Sowjetunion ununterbrochen.

Die Ausgaben für den Schutz der Gesundheit in der Sowjetunion stiegen von 128,5 Millionen im Jahre 1913, auf 1025,8 Millionen im Jahre 1930 und auf 1375 Millionen Rubel im Jahre 1932. Ähnliche gewaltige Erfolge auf dem Gebiet des Gesundheitswesens hat die Sowjetunion auch in den nationalen Republiken erzielt. Diese unter dem Joch des Zarenismus gequälten Völker kannten fast keine ärztliche Hilfe. Jetzt gibt es bei ihnen nicht nur ein umfangreiches Netz von Heilanstalten und Polikliniken, sondern auch eine gut organisierte prophylaktische Medizin. 1913 gab es auf dem Gebiet der jetzigen usbekischen sozialistischen Sowjetrepublik keine einzige Beratungsstelle. Ende 1930 gab es dort 28 Beratungsstellen für Lungenerkrankte und Geschlechtskrankte. In der turkmenischen Republik gab es Ende 1930 7 Beratungsstellen und in der Ukraine 339 gegen sechs im Jahre 1913.

## Streik im Arbeitslager

Hamburg, 2. November. Im Arbeitsdienstlager der Stadt Altona sind mehrere hundert Jungarbeiter in den Streik getreten, zum Zeichen des Protestes gegen die Einstellung von Zuschlagzahlungen, die von der Stadt, als ursprünglicher Begründerin des Lagers, geleistet wurden, nach dem Erlaß der Arbeitsdienstverordnung des Reiches aber eingestellt werden mußten. Die Erbitterung darüber hat zur Arbeitsniederlegung geführt.

## Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und D-Zug

Paris, 2. November. An einer Bahnüberfahrt in der Nähe von Dijon, an der es bereits häufig schwere Unfälle gegeben hat, stieß am Dienstagmorgen der D-Zug Nancy-Nevers mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Zwei Personen wurden auf der Stelle getötet. Sechs Personen wurden schwer verletzt, von denen bereits zwei gestorben sind.

## Der Horthy-Hölle zu entfliehen versucht

Zansbad, 2. November. Auf dem Bremsgestänge unter einem Wagen des D-Zuges Budapest-Paris wurden gestern nachmittags zwei arbeitslose Ungarn entdeckt, die auf diese gefährliche Weise die Reise von Budapest nach Paris durchführen wollten. Die beiden Arbeitslosen wurden der Polizei übergeben.

## Kokainschmugglergesellschaft aufgehoben

Kattowitz, 1. November. In Zusammenarbeit mit der Lodzer Polizeibehörde hat die Kattowitzer Kriminalpolizei eine weitverbreitete Kokainschmugglergesellschaft aufgehoben und zahlreiche Verhaftungen in Kattowitz und anderen Ortschaften der Wojewodschaft Schlesien vorgenommen. Die Zentrenpunkte des Kokainhandels sind Kattowitz, Lodz und Kattowitz, bei denen größere Mengen von geschmuggeltem Kokain aus Deutschland an die Verbraucher in Polen zu Preisen von 6 bis 20 Pfund für das Gramm geliefert wurden. Unter den Abnehmern befinden sich auch hochgestellte Persönlichkeiten der polnischen Gesellschaft, deren Namen jedoch geheimgehalten werden.

## Sturm über Neuyork

### 80 Wochenendhäuser zerstört — Zahlreiche Verletzte

Neuyork, 2. November. Neuyork und Umgebung wurden am Dienstag von einem ungewöhnlich heftigen Unwetter heimgesucht. Sturm und Regen richteten überall große Zerstörungen an. Besonders schwer betroffen wurden die Wochenendkolonien auf Long Island, wo rund 80 Häuser von der Sturmflut zerstört wurden. 20 zum Glück unbewohnte Wochenendhäuser wurden von der hochgehenden See fortgerissen. Die Lage wurde dadurch verschärft, daß in mehreren der eingestürzten Häuser Feuer ausbrach. Ein großes Aufgebot von Feuerwehren, Polizisten und Sanitätsmannschaften eilte zu Hilfe. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind 15 Personen verletzt worden. Auch in Neuyork selbst wurde erheblicher Schaden angerichtet. Vom Woolworth-Wolkenkratzer stürzte eine große Fensterscheibe in die Tiefe. Ein junges Mädchen und ein Polizist wurden durch die Splitter schwer verletzt. Der Hafenerverkehr war zeitweise unterbrochen. Die Dampfer treffen verspätet ein.

## Furchtbare Bluttat im Gefängnis

Freiburg (Breisgau), 2. November. Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich am Montagabend im hiesigen Landesgefängnis in einer Gemeinschaftszelle eine furchtbare Bluttat. In einem Unfall von Totschlag erschlug ein Gefangener mit einem harten Gegenstand zwei seiner Mitgefangenen und brachte dem dritten schwere Kopfverletzungen bei, die aber nicht lebensgefährlich sind.

## Furchtbarer Betriebsunfall in einem Hochofenwerk

Mühlheim a. d. N., 2. November. Bei Reparaturarbeiten am Hochofen fiel am Sonnabend der 48 Jahre alte Vorarbeiter Peter Bohrmann auf der Friedrich-Wilhelm-Hütte in die 1800 Grad entzündete Feuerschlut. Als die Glode des Hochofens geöffnet wurde, schob infolge des Hingutretens der Frischluft eine Flamme hervor, wobei ein Betriebsingenieur und vier Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt wurden.



Höder und Hammet — der gleiche Rummel Die AIZ.: Gegen Fürst und Lakai Für KPD, Liste drei!



